

# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

\* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 \*

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800  
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Belgischer Ruf nach deutschen Waren.

### Kundebung der Antwerpener Reeder.

Drahtmeldung.

Brüssel, 22. September. (W. Z. B.)

In dem einflussreichen Antwerpener Aboerblatt „Nephtune“ schreibt ein von Rotterdam zurückgekehrter Kaufmann aus Antwerpen, Belgien müsse unverzüglich seine wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschland wieder aufnehmen. Der „Nephtune“, der soviel für den Antwerpener Hafen getan habe, habe die Verpflichtung, laut zu sagen, was die vernünftigen Leute leise denken: „Machen wir Geschäfte mit den Deutschen, holen wir ihre Schiffe und ihre Waren wieder herbei. Sollten wir unsere Schiffe zu ihren, denn die Engländer und Amerikaner erschrecken uns nicht nur in Antwerpen, auch in Rotterdam.“ Einige Zeitungen hätten im Laufe des Krieges und seit dem Waffenstillstand geschrieben, Antwerpen könne die Deutschen entbehren. Das ist falsch.

Das Aboerblatt fügt zu diesem Eingangsatz hinzu: „Müssen wir die Geschäftsverbindungen mit den Deutschen wieder aufnehmen? Wir sagen ja. Und wir wünschen die deutschen Schiffe lieber heute als morgen wieder in unserem Hafen sehen. Ohne Zweifel, wir werden die Häufte zusammenhalten, aber wir werden unsere Gefühle vor der unumstößlichen Notwendigkeit niederzulegen müssen. Betragen wir nichts, aber seien wir höflich und würdig mit den Deutschen, und machen wir Geschäfte mit ihnen.“ Nehmen wir ihre Geschäftsvertreter in unserer Geschäftskontoren auf, oder räumen wir ihnen noch lange keinen Ehrenplatz in unseren Familien ein.

Wir möchten also, daß ein für alle Mal die Regierung uns ihre Meinung sage und sie urbi et orbi zu erkennen gäbe, damit in den mitteleuropäischen Ländern alle, die die Sache interessiert, wissen, daß die Geschäftsverbindungen mit Belgien wieder aufgenommen sind und daß niemand dort bestürzt wird. Wir möchten, daß der Präsident der Handelskammer dieselbe zu einer Generalversammlung zusammenberufe, um eine Tagesordnung in diesem Sinne anzunehmen zu lassen. Diese Tagesordnung wird mit dem Tod in der Seele angenommen werden, denn sie ist notwendig.“

### Direkter Verkehr London—Hamburg.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Hamburg, 22. September.

Die Steam Navigation Co. in London, die vor dem Krieg regelmäßige Fahrten nach Hamburg und zurück unternahm, hat mit dem jetzt in Hamburg eingetroffenen englischen Dampfer „Falcon“ ihre regelmäßigen Fahrten wieder aufgenommen. Das erste Schiff brachte Lebensmittel und Schiffsgepäck.

### Wiens Kohlenkatastrophe.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Wien, 22. September.

Vom Staatsamt des Außerer wird der Wiener „Sonn- und Montags-Zeitung“ mitgeteilt: Unter Geschäftsträger in Berlin, Professor Dr. Rudo Hartmann, hat gestern beim deutschen Reichspräsidenten Ebert vorgeschlagen und ihm den durch die Kohlennot drohenden Zusammenbruch Wiens in ausführlicher Weise dargestellt. Präsident Ebert hat ihm bereits die bindende Zusage gemacht, sich sofort mit dem betreffenden Ministerium ins Einvernehmen zu setzen und für eine sofortige Belieferung Österreichs mit Kohle aus Deutschland Sorge zu tragen. Reichspräsident Ebert wies dabei allerdings auf die drückenden Verpflichtungen hin, die Deutschland Frankreich gegenüber zur Kohlenlieferung auf sich nehmen mußte, so daß es ausgeschlossen erscheint, daß die Lieferungen aus Deutschland allein die österreichische Kohlennot zu beseitigen imstande sind. — Die österreichische „Sonn- und Montags-Zeitung“, die wegen ihrer dem Anschlusse und liberalen Deutschland gegenüber feindlichen Haltung seit langem bekannt ist, bezweifelt die praktische Durchführung der deutschen Hilfszusage, würde aber die deutsche Hilfe keineswegs ablehnen. Was sie auf Grund einer Verständigung mit Frankreich erfolgt. Das Blatt schreibt: „Bei der Empfindlichkeit Frankreichs in allen Fragen, die an das Verhältnis zwischen uns und unserem ehemaligen Bundes- und Kampfgenossen erinnern, ist zu hoffen, daß es uns jetzt bewilligen wird, um wieviel uns eine westliche Orientierung wertvoller sein muß, als die problematische Liebe zu unseren nordischen Stammesgenossen, und uns entweder durch seine Freunde, die Tschechen oder Polen, Kohlen zukommen läßt oder selbst auf einen Teil der Lieferungen aus Deutschland zu unseren Gunsten verzichtet.“

Präsident Masaryk, den die „Neue Freie Presse“ um eine Erklärung darüber gebeten hatte, ob Österreich auf die Hilfsbereitschaft des tschechischen Staates in der Kohlenkatastrophe rechnen könne, telegraphiert dem Blatte: „Ich wünschte, ich könnte Ihnen die gewünschte Botschaft senden, aber ich kann Ihnen nur mitteilen, daß wir in korrekter Weise das Mögliche getan haben und tun. Die Kohlenförderung ist ungenügend, der Mangel an Betriebsmitteln ist groß. Unsere eigenen Fabriken und Unternehmungen können wegen Kohlenmangel nicht arbeiten. Wir leiden unter denselben traurigen Folgen des Krieges, unter denen Sie leiden. Präsident Masaryk.“

### Hufforderung zum Schullstreik.

Der Gothaer Bauernbund fordert in einem Aufrufe zum Schulstreik auf. Die Vertretersmänner des Bundes haben einstimmig folgende Forderungen beschlossen: 1. Zurücknahme des Religionserlasses; 2. Rücktritt des Ministerialbegehrten für Schulwesen Jacobi; 3. Wiedereröffnung der Schulklassen. Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, darf kein gothaer Bauer seine Kinder zur Schule schicken. Gibt die Regierung auf diese Protestmaßnahme nicht nach, so wird die Bauernschaft jede Elementarbildung an diese Regierung verweigern. Des weiteren wird die Bürgerchaft zum Anschluß an das Vorgehen aufgefordert. Der Schulstreik, dem sich die große Mehrzahl der gothaer Ortschaften angeschlossen hat, beginnt heute.

### Der gesetzlose Zustand Danzigs.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Danzig, 22. September.

Der Wirtschaftsausschuß für die Freie Stadt Danzig sandte an den Obersten Rat der Alliierten in Paris folgendes Telegramm: „Die Artikel 100, 102 und 106 des Friedensvertrages bestimmen für das Gebiet der Freien Stadt Danzig die Abtrennung vom Deutschen Reich und zur keine Bewahrung des Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ohne daß gleichzeitig die Konstituierung der Freien Stadt Danzig erfolgt. Der gesetzlose Zustand in der Gegenwart kann nur durch die Zusammenkunft des Wirtschaftsausschusses herbeiführen. Der Aufbau der Freien Stadt Danzig muß mit Rücksicht auf ihren internationalen Charakter auf der Basis freier Grundzüge erfolgen. Daneben muß der von den Alliierten Wächtern einzuleitende Oberkommissar im Wesentlichen des Inhalts des Friedensvertrages in Danzig sein, um die Widergen Bestimmungen der Artikel 102 und 104 einer schnellen Erledigung entgegenzuführen und so einer einseitigen Verletzung vorzubeugen. Wir bitten den Obersten Rat dringend, die Konstituierung der Freien Stadt Danzig und die Entsendung des Oberkommissars unverzüglich in die Wege zu leiten, und erwarten eine rasche Entscheidung, zumal Danzig unter den Schutz des Völkerrechtes gestellt ist. Wirtschaftsausschuß für die Freie Stadt Danzig.“

### Abbruch der Friedensverhandlungen in Pleskau.

Stockholm, 22. September. (Z. B.)

„Dagens Nyheter“ meldet aus Helsinki, daß die in Pleskau zwischen Schweden und Sowjet-Rußland eingeleiteten Friedensverhandlungen wieder abgebrochen worden sind. Die schwedischen Delegierten sind bereits nach Aival zurückgekehrt. Der Abbruch der Verhandlungen ist anscheinend auf die Intervention der Exzente zurückzuführen, und zwar auf Grund der Forderung, daß nur alle baltischen Staaten gemeinsam mit der Sowjet-Regierung über den Frieden verhandeln dürfen. Auf diese Weise ist vorläufig an eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen nicht zu denken, da die finnische Regierung Friedensverhandlungen mit Rußland auf das entschiedenste ablehnt. Litauen hat sich ebenfalls gegen die Verständigung mit den Bolschewisten ausgesprochen, die Haltung Lettlands ist unklar, und Estland sind die Hände gebunden. In Helsinki wird berichtet, daß die Vertreter der Entente durch Versprechungen und Zugeständnisse auf Finnland und Litauen einwirkte und die beiden Staaten dadurch bestimmt haben, sich den Friedenswünschen Rußlands gegenüber ablehnend zu verhalten.

### Das Verbot schwarz-weiß-roter Fahnen.

Durch W. Z. B. wird jetzt das vom Reichswehrminister Noske beim Einmarsch der Vertreter von Berliner Orkschützern erteilte Verbot gegen die schwarz-weiß-roten Fahnen bestätigt. Ähnliche Verordnungen der letzten Zeit haben dem Reichswehrminister Veranlassung gegeben, den Truppenteilen des Borantragens schwarz-weiß-roter Fahnen beim Parade durch ihre Garnisonen usw. zu verbieten.

## „Einheit und Fortschritt.“

Von

Dr. Erich Döhl,

Professor an der Universität Breslau.

An die Deutschen!

Ein, heißt ich, heißt Euch einig machen:  
Der offen ausgesprochene Haß  
Des Ungehens, das Euch droht.  
Doch nein, Ihr wollt Euch erst vertragen,  
Beim Ihr schon steht in seinem Magen,  
Doch seid Ihr dann zerquälte und tot.  
Friedrich Hebel.

Viele unserer Volksgenossen täuschen sich selbst und geben sich dem Bahn hin, der Höhepunkt der nationalen Not sei nun endlich überschritten, die Sintflut vorüber, man könne bereits hoffnungsvoll den Kopf aus der von Weimar nach Berlin geschwommenen Arche hinausziehen und nach Deutschland umhauen halten. Uns graut vor dieser tragischen Kurzsichtigkeit! Ein Winter steht uns bevor ohne Kohle, ohne Licht, ohne Heizung, ohne Arbeit und ohne Lohn, ohne Kleidung, ohne Brot. Das Volk, ausgemergelt bis zum äußersten und in seiner Hoffnung auf die segensvolle Einwirkung des Friedens betrogen, es liest zwar dann und wann von der stetig wachsenden Not auch in den Siegerstaaten Frankreich, Italien usw., ahnt so etwas wie eine europäische Not, eine kontinentale Leidensgemeinschaft, aber doch denkt es in kleinstem Egoismus, menschlich so verständlich wie nur irgend etwas sonst, an sich zuerst und an sich allein, arbeitet nicht, sondern fordert, streift, schimpft, hofft resignierend auf ein Wunder Gottes oder überläßt sich blindlings in Tanz und Spiel der momentanen Betäubung.

Und die gewählten Volksführer? Sie haben in der Stille von Weimar mit emsigem Bienenfleiß die Verfassung geschaffen, den Not zugeschnitten, ohne sicher zu sein, daß denn hernach auch noch ein Körper da sein wird, willig diesen Not zu tragen. Und schließlich und tragischer noch als das: eine Reihe gerade der führenden Abgeordneten aller Parteien benutzte in gänztlicher Verkennung der Stunde mit Bonne jede passende und unpassende Gelegenheit, um in breiter Befähigkeit mit den „Schuldboden“ politischen Gegnern abzurechnen. Je hämischer, je geistlicher, um so besser, um so lauter rief der Beifallsturm der eigenen Clique, um so heftiger und herrlicher brüllte und tönte das Parteilippen. Wir wissen, manch einer der Abgeordneten war entsetzt und wehrte sich gegen dieses monströse Mißbrauch der Nationalversammlung, aber keine Partei hat da ernstlich und erfolgreich Wandel zu schaffen vermocht. Statt der reichte man dem deutschen Volk von Weimar aus Steine, statt in der schwersten Stunde der deutschen Geschichte in Vorbild: ein nationaler Eintracht und Einigkeit zu sein, peitschte man dort erst recht die Parteilichkeit auf, ließ das deutsche Volk sich weiter und immer weiter zerpfücken, entfreundete den Bruder dem Bruder.

Und was soll nun geschehen? Soll Hebel Recht behalten mit seiner pessimistischen Prophezeie? Nein und abermals nein! Solange Millionen von Volksgenossen sich noch als Kinder ehrer und derselben Mutter fühlen, solange heilige Liebe zum Vaterland noch in unser aller Herzen glüht, so lange eben wir die Hoffnung nicht auf, unseren Heimatstaat zu errichten und zu erhalten. Vermögen uns die gegenwärtig bestehenden politischen Parteien nicht vorwärts, aufwärts zu führen, geben diese größtenteils vorrevolutionären Gebilde uns in der völlig veränderten Gegenwart nicht mehr jene innere Befriedigung und Besehrigung, jenen Schwung, den wir zu positiver politischer Arbeit brauchen, so läßt sich darin eben der innere Bankrott des bisherigen deutschen Parteiwesens an. Die Revolution hat die Parteigebilde erreicht und erfasst, und Kurzsichtigkeit wäre es, sich gegen die Forderungen der Zeit zu wehren. Haben wir nicht mehr den Mut, uns von der Vergangenheit mit ihrem fleischlichen Amal und Parteidocher zu lösen, haben wir den Mut, mit festem Blick allein in die Zukunft zu schauen, vor radikalen Umgestaltungen nicht zurückzuschrecken, uns die Hand zu reichen zu entscheidiger, positiver Zusammenarbeit in einem deutschen Bunde für Einheit und Fortschritt!

Ideologie, höre ich flüstern, kritische Jugend, Nein, weder Ideologie noch Kritik, aber vorurteillos wollen wir in klarer Realpolitik an die Rettung des Vaterlandes herangehen, ehe es für immer zu spät ist. Was trennt uns denn an unüberbrückbaren, ja nur wesentlichen Gegensätzen von den nichtkommunistischen Sozialisten in gerader Linie über Demokraten, linker Flügel des Sentrums und der Deutschen Volkspartei bis hin zu den allergeringsten allerdings sehr geringen nichtkonservativ-monarchisch-reaktionären Elementen der deutsch-nationalen Volkspartei? Gewiß, wenn wir lediglich auf diejenigen Führer der verschiedenen Parteien hören wollen, die in alten Gleisen festgefahren sind, an ihren ideologischen Gebankensängen kleben, und die Welt nun einmal nicht mehr ohne Parteidrille zu betrachten vermögen, dann freilich muß man es, traurig resignierend, bei dem Hebelischen Pessimismus beruhigen lassen. Aber wenn man die große Masse der Wählerchaft unbeeinträchtigt zusammenrufen läßt, wenn man, von ehrlicher nationaler Begeisterung erfüllt sich wahrhaft vernimmt, in dieser Stunde der äußersten Not unseres Volkes das alte deutsche Erbe die kritische Nachheret und Gauchbrotel, ein für allemal anzurufen, wenn man nicht fragt, aus welchem Lager der ein-